

"WEU-Versammlung kritisiert EU-Regierungschefs" in Neue Züricher Zeitung (22. Oktober 1999)

**Quelle:** Neue Züricher Zeitung. 22.10.1999. Zürich.

**Urheberrecht:** (c) Neue Züricher Zeitung

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/"weu\\_versammlung\\_kritisiert\\_eu\\_regierungschefs"\\_in\\_neue\\_zuricher\\_zeitung\\_22\\_oktober\\_1999-de-6e42d9d3-d562-42e5-b062-8b68ab0b0127.html](http://www.cvce.eu/obj/)

**Publication date:** 20/09/2012

## WEU-Versammlung kritisiert EU-Regierungschefs *Gegen Verwässerung der militärischen Beistandspflicht*

Die parlamentarische Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU) hat in Luxemburg das Konzept der EU-Regierungschefs zur Eingliederung der WEU in die Europäische Union abgelehnt. Sie hält eine Reduzierung auf friedenschaffende und friedensichernde Missionen für falsch und will die Beibehaltung der Beistandspflicht.

*uth. Luxemburg, im Oktober*

In einer Entschliessung vom 19. Oktober, die an die Aussen- und Verteidigungsminister zu ihrem Treffen am 22./23. November gerichtet wurde, wird bedauert, dass die 15 EU-Regierungen nicht länger an den Aufbau einer gemeinsamen Verteidigung innerhalb der Europäischen Union (EU) denken, wie es die Verträge von Maastricht und Amsterdam noch vorsahen. Die Parlamentarier beziehen sich dabei auf die Beschlüsse des Kölner EU-Gipfels vom 4. Juni. Dort hatten die EU-Staats- und Regierungschefs ihre Aussenminister beauftragt, bis Ende 2000 die Voraussetzungen für die Einbeziehung der WEU in die EU zu schaffen, damit die EU ihre Petersberg-Aufgaben – friedenschaffende und friedensichernde Missionen – erfüllen könne.

### **Beistandspflicht nicht erwähnt**

Von einer Übernahme des Artikels 5 des WEU-Vertrags, der die gegenseitige militärische Beistandspflicht vorsieht, war in dem Kölner Beschluss nicht die Rede. In dem umstrittenen Text in der Schlussklärung des Kölner Gipfels heisst es, dass bis Ende des Jahres 2000 die notwendigen Beschlüsse zu fassen seien. In diesem Fall würde die WEU als Organisation ihren Zweck erfüllt haben. Der unterschiedliche Status der Mitgliedstaaten in bezug auf Garantien der kollektiven Verteidigung werde dabei nicht verändert. Die Allianz bleibt das Fundament der kollektiven Verteidigung ihrer Mitglieder. In der von Abgeordneten aus den 10 Mitgliedstaaten und 18 assoziierten Ländern unterstützten Entschliessung heisst es, dass der vorgezeichnete Weg, der EU die Entscheidungsgewalt über die Petersberg-Aufgaben zu übertragen, unweigerlich zu schwierigen institutionellen Verhandlungen führen werde, die in kurzer Zeit wahrscheinlich keine Resultate erwarten liessen. Die WEU-Parlamentarier fragen auch nach der künftigen Rolle der neutralen Länder Schweden, Finnland, Irland und Österreich sowie nach der der assoziierten osteuropäischen Staaten. Das Zusammenführen der Vollmitglieder und der assoziierten Partner könne ohne eine Änderung der Einstimmigkeitsregel nicht erfolgreich vollzogen werden.

Am heftigsten kritisiert wird von den WEU-Abgeordneten, dass das Problem der parlamenta-

rischen Kontrolle in der Kölner Erklärung überhaupt nicht erwähnt wird. In der Debatte in Luxemburg gab es Stimmen für das Fortbestehen der parlamentarischen Versammlung mit einer Beteiligung des Europäischen Parlaments. Ein anderer Vorschlag sah die Bildung einer zweiten Kammer beim EP vor, die mit nationalen Vertretern besetzt sein soll.

### **Ratifizierungsprozedur verlangt**

Für unvermeidbar hält die Versammlung die Einberufung einer Regierungskonferenz zur Zukunft der WEU, der eine Ratifizierungsprozedur in den nationalen Parlamenten folgen müsse. Dagegen wird die Entscheidung des EU-Gipfels vom vergangenen Wochenende in Tampere (Finnland) ausdrücklich begrüsst, dem neuen Chef an der Spitze der EU-Aussenpolitik, Javier Solana, auch den Posten eines WEU-Generalsekretärs zu übertragen. Der Präsident der WEU-Versammlung, der Spanier Louis María de Puig, hatte zur Eröffnung der Sondertagung die offensichtliche Entscheidung der EU kritisiert, der WEU nur noch Aufgaben des Krisenmanagements zu überlassen. Vielmehr sollte die Beistandspflicht beibehalten werden, wobei keinesfalls eine Konkurrenz zur Nato entstehen solle. Die WEU sehe die Verteidigung Europas stets als Ergänzung zum Nordatlantikpakt an. Wenn Europa nicht bereit sei, mehr Geld in seine Verteidigung zu investieren, werde die Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten weiter bestehen.

Der Westeuropäischen Union gehören zehn Vollmitglieder an: Belgien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Grossbritannien, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Portugal und Spanien. Beobachter aus dem EU-Lager sind Dänemark, Finnland, Irland, Österreich und Schweden. Als assoziierte Mitglieder werden Island, Norwegen, Polen, Tschechien, die Türkei und Ungarn behandelt. Einen Status als assoziierte Partner haben Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien. Strukturell besteht die WEU aus einem Ministerrat, der halbjährlich mit den Aussen- und Verteidigungsministern tagt, und der Versammlung mit 115 Parlamentariern der Mitgliedstaaten. Das WEU-Sekretariat hat seinen Sitz in Brüssel.